

Eidgenössische Volksinitiative 'Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)'

Inhalt der Initiative

Die Initianten fordern, dass die Schweiz die Zuwanderung aus dem Ausland "eigenständig" regeln soll. Zur Erreichung dieses Ziels müsste insbesondere das Abkommen über die Personenfreizügigkeit mit der EU aufgekündigt werden. Die Initiative sieht zwar die Möglichkeit der Nachverhandlung des Abkommens vor, es ist jedoch äusserst unrealistisch, dass die geforderten Verhandlungserfolge erzielt werden könnten.

Befürworter der Initiative:

Die Initiative wird bloss von der SVP und der AUNS offiziell unterstützt.

Gegner der Initiative:

Alle anderen relevanten Parteien sowie diverse Verbände (Economiesuisse, Arbeitgeberverband, Gewerkschaften u. v. m.) sind gegen die Initiative.

Pro Argumente

- Die SVP warnt vor einer Schweiz mit 10 Mio. Einwohnern. Die Zuwanderung führe zu Dichtestress und würde unsere Infrastruktur sowie die Natur überlasten.
- Eingewanderte seien häufig billige Arbeitskräfte, was zu einer Senkung des Lohnniveaus führe. Zudem würden sie unsere Sozialwerke überdurchschnittlich stark belasten.

Contra Argumente

- Eine Annahme der Initiative würde faktisch einer Kündigung der Personenfreizügigkeit gleichkommen.
- Dies hätte verheerende wirtschaftliche Konsequenzen, da der Marktzutritt zu unserem wichtigsten Handelspartner, der EU, massiv erschwert werden würde.
- Die Annahme der Initiative würde nicht nur das Ende der Personenfreizügigkeit bedeuten, sondern es würden aufgrund der sog. Guillotineklausel auch weitere wichtige Staatsverträge wegfallen (Bilaterale I).
- Es ist umstritten, ob die Personenfreizügigkeit überhaupt der Hauptgrund der Bevölkerungszunahme ist. Zudem wird die Zunahme auch nicht überall als negativ bewertet.

Parteiparole: Ablehnung der Initiative

Die Personenfreizügigkeit ist ein wichtiges Gut, von welcher auch Schweizer Bürger direkt profitieren. Zudem sollte die wirtschaftliche Stabilität der Schweiz gerade in der jetzigen schwierigen Situation nicht noch stärker bedroht werden. Die Infrastruktur- und Umweltprobleme, welche die SVP als Argumente für ihre Initiative anbringt, sind zudem durch andere Massnahmen (insb. Raum- planungsrecht, Umlagerung des Verkehrs) wesentlich effizienter zu lösen.

Aus diesen Gründen folgte die Mitgliederversammlung der Empfehlung des Vorstandes (Ablehnung der Initiative) diskussionslos und fasste einstimmig die Nein-Parole zur Begrenzungsinitiative.

Quellen

<https://www.begrenzungsinitiative.ch/>

<https://nein-zur-kuendigungsinitiative.ch/>

<https://www.srf.ch/news/schweiz/svp-begrenzungsinitiative-so-argumentieren-befuerworter-und-gegner>